

ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Zu Ehren der Opfer des Terroranschlags in Paris wird eine Gedenkminute eingelegt.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebeten habe, den Antrag zu TOP 8 zu modifizieren, da auch andere Ausschüsse nach dem Fraktionsaustritt von Frau Müller-Matysiak umbesetzt werden sollen. Der Tagesordnungspunkt würde somit in Umbildung von Ausschüssen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - umbenannt.

Herr Fals ergänzt, dass durch die Abberufung von Frau Müller-Matysiak aus dem Verwaltungsausschuss und dem Fraktionsaustritt, sie nun das Recht habe, sich einem Ausschuss anzuschließen.

Herr Dr. Armbrust schlägt vor, dass die Tagesordnungspunkte 22 und 23 aus rechtlichen Gründen getauscht werden.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung **einstimmig** genehmigt.

Beschluss

2. Genehmigung von Niederschriften vom 12.11.2015

- folgt -

Herr Werner erklärt, dass die Verweisung in die Fachausschüsse unter TOP 9 der Niederschrift nicht zur Kindertagesstättenbedarfsplanung erfolgt ist.

Herr Meineke erklärt, dass die Überschrift des Tagesordnungspunktes falsch ist. Richtigerweise müsste der TOP - Vereinbarung zur Unterstützung betrieblicher Kindertagesstätten (Beschlussvorlage 107/2015) – heißen.

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift vom 12.11.2015 **einstimmig** genehmigt.

Beschluss

3. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Bürgermeister Meineke berichtet, dass der Verwaltungsausschuss seit der letzten Ratssitzung einmal getagt hat.

Vom Verwaltungsausschuss wurde ein Beschluss zur Annahme von Spenden und Sponsoring gefasst. Des Weiteren wurde eine Gewerbeförderung aus 1995 bis 2018 niedergeschlagen.

Mit der stellvertretenden Bürgermeisterin Frau Kügler wurde eine Eilentscheidung zum Umbau des gemeindlichen Gebäudes in der Max-Planck-Straße getroffen.

Beschluss

4. Fragen und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Themen, die nicht Gegenstand der Tagesordnung sind

Es liegen keine Fragen und Anregungen vor.

Beschluss

5. Bericht aus dem Jugendparlament

Lukas Köpsel berichtet, dass das Jupa mehrere Veranstaltungen durchgeführt bzw. daran teilgenommen hat. So wurde mit den Flüchtlingen zusammen gekocht, ein Stand auf dem Wennigser Weihnachtsmarkt betrieben und ein Infoabend gegen Rechtsextremismus durchgeführt. Eine Spendenparty für die Skateranlage wird gegen Ende Februar 2016 durchgeführt.

Herr Warnecke möchte dem Jupa ein dickes Kompliment für den Infoabend aussprechen. Es war ein hochgradiger und verdichteter Abend. In diesem Zusammenhang einen Dank an Frau Nimmrich für die Vermittlung der Referenten.

Beschluss

**6. - Drucksache 126/2015
Neubesetzung des Verwaltungsausschusses auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Beschluss:

Beschluss:

**6.1 - Drucksache 126/2015 1. Ergänzung
Neubesetzung des Verwaltungsausschusses**

Herr Herr erklärt, dass die FDP-Fraktion folgende Personen in den Verwaltungsausschuss bestimmt: Herr Herr / Vertreter: Herr Niemann

Frau Schwarzer-Riemer merkt an, dass Herr Bohnenstengel im Verwaltungsausschuss durch sie vertreten wird.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) stellt durch Beschluss fest:

Als Mitgliedervertreterin/-vertreter im Verwaltungsausschuss wird von der FDP-Fraktion bestimmt:

Herr Herr / Vertreter: Herr Niemann

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

27 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**7. - Drucksache 130/2015
Stellvertretung des Bürgermeisters nach § 81 Abs. 2 NKomVG**

Ohne Aussprache.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) beschließt,

die Stelle der/des 2. Stellvertretenden Bürgermeisterin/s nach § 81 Abs. 2 NKomVG bleibt bis zum Ablauf der Ratsperiode unbesetzt.

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

27 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**8. - Drucksache 127/2015
Umbildung des Ausschusses für Feuerschutz und öffentliche Ordnung, Mobilität,
Digitales
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Dr. Armbrust erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende Umbesetzung vornehmen:

Für Frau Müller-Matysiak wird als Stellvertretung Frau Schwarzer-Riemer in den Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt, entsandt.

Für Frau Müller-Matysiak wird als Mitglied Frau Krüger in den Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Gleichstellung, entsandt.

Für Frau Müller-Matysiak wird als Stellvertretung Frau Wittrien in den Ausschuss für Wirtschaft, Haushalt, Finanzen und Tourismus, entsandt.

Auf Nachfrage erklärt Frau Müller-Matysiak dass sie Mitglied im Ausschuss für Feuerschutz und öffentliche Ordnung, Mobilität, Digitales, wird. Sie weist darauf hin, dass sie die Mitgliedschaft im AK Sport und der Arbeitsgruppe Geschäftsordnung nicht mehr wahrnimmt.

Herr Meineke dankt Frau Müller-Matysiak für die bisherige Ratstätigkeit, hofft auf weiterhin gute Zusammenarbeit und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

Frau Kügler und Herr Bohnenstengel danken ebenfalls und überreichen jeweils einen Blumenstrauß.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) stellt durch Beschluss fest:

Frau Müller-Matysiak wird Mitglied im Ausschuss für Feuerschutz und öffentliche Ordnung, Mobilität, Digitales.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nehmen folgende Ausschussumbesetzung vor:
Für Frau Müller-Matysiak wird als Stellvertretung Frau Schwarzer-Riemer in den Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt, entsandt.

Für Frau Müller-Matysiak wird als Mitglied Frau Krüger in den Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Gleichstellung, entsandt.

Für Frau Müller-Matysiak wird als Stellvertretung Frau Wittrien in den Ausschuss für Wirtschaft, Haushalt, Finanzen und Tourismus, entsandt.

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

28 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

9. - Drucksache 107/2015
Vereinbarung zur Unterstützung betrieblicher Kindertagesstätten

Frau Zunker erklärt, dass im Ausschuss für Haushalt, Wirtschaft, Finanzen und Tourismus, von Herrn Beermann dargestellt wurde, dass die Vereinbarung mit der Region abgeschlossen werden soll. Der Abschluss wäre wünschenswert.

Herr Markmann berichtet, dass bei den Beratungen im Ausschuss keine Kenntnis erlangt wurde, zu welchen Einsparungen der Abschluss der Vereinbarung führt. Der Ausschuss hatte sich daher einstimmig gegen den Abschluss ausgesprochen.

Herr Thöle-Weimar unterstützt die Aussage von Frau Zunker. Mittelbar würde der Abschluss der Vereinbarung zu freien Plätzen in Wennigsen führen. Der Abschluss würde auch eine Anerkennung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeuten.

Herr Werner kann keine Entlastung für die Gemeinde erkennen.

Herr Warnecke ergänzt, dass eine kleine Gemeinde keine derartige Vereinbarung abschließen muss. Die Drucksache an sich ist ihm nicht ausführlich genug.

Herr Herr ist ebenfalls skeptisch. Die Verwaltung weiß nicht, zu welchen Mehraufwendungen der Abschluss der Vereinbarung führen wird, der Abschluss soll aber vorgenommen werden.

Beschluss:

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) beschließt.

Die Vereinbarung zur Unterstützung betrieblicher Kindertagesstätten zwischen der Region Hannover und der Gemeinde Wennigsen (Deister) tritt rückwirkend zum 01. August 2015 in Kraft.

6 Ja-Stimme(n), 21 Nein-Stimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

10. - Drucksache 112/2015
Kommunalwahl 2016
- Berufung der Gemeindewahlleitung

Ohne Aussprache.

Beschluss:

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) beschließt:

Für die Kommunalwahl 2016 wird Gemeindeoberamtsrat Olaf Fals zum Gemeindevorstand und Frau Ines Lindam zur stellvertretenden Gemeindevorstandlerin berufen.

28 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**11. - Drucksache 75/2015
Hundesteuersatzung der Gemeinde Wennigsen (Deister)**

Bürgermeister Meineke erklärt, dass die Hundesteuer breit diskutiert wurde. Der Vorschlag mit dem DNA-Nachweis hat das Vorhaben überregional in die Presse gebracht. Er hält die Erhöhung der Hundesteuer finanzpolitisch für verantwortungsvoll, auch wenn keine großen Summen vereinnahmt werden. Die Hundesteuererhöhung wurde in das Haushaltssicherungskonzept aufgenommen. Zudem weist er auf die Mehrkosten für die Gemeinde durch das zentrale Hunderegister des Landes hin.

Herr Herr kann den Sinn der Drucksache nicht nachvollziehen. Den Haushalt nur mit dieser Erhöhung zu konsolidieren empfindet er „jämmerlich“. Der Bürgermeister sollte von solchen Steuererhöhungen die Finger lassen. Die Verwaltung ist sich noch nicht mal sicher, ob die Einnahmen auch im Hause bleiben, bei der nachvollziehbaren Mehrarbeit.

Herr Werner erklärt, dass die marginalen Mehreinnahmen einen begrenzten Personenkreis belasten. Den desolaten Haushalt mit dieser Steuererhöhung zu retten, erschließt sich ihm nicht. Er stellt den Antrag, dass gefährliche Hunde in die Satzung aufgenommen werden. Er verliest eine Definition zu gefährlichen Hunden, die zuletzt einer Prüfung des OLG Lüneburg standgehalten hat.

Herr Markmann sieht bei der prekären Haushaltslage einen gewissen Ansatzpunkt für höhere Einnahmen. In der Fraktion wurde eine Steuerdiskussion in anderer Weise geführt. Er erläutert die Entwicklung der Grundsteuer im Verhältnis zur Hundesteuer seit 1995. Er hält zudem die Erfassung von gefährlichen Hunden für schwierig. Herr Markmann ergänzt, dass in der letzten Ratssitzung ein Antrag von Frau Degenhardt zur Satzung gestellt wurde.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die einzelnen Anträge abstimmen.

Der Antrag von Herrn Werner zur Aufnahme von gefährlichen Hunden wird bei 6 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Frau Müller-Matysiak erklärt, dass ihr letzter Stand des Antrages von Frau Degenhardt war, dass das Wort *deutschen* vor Tierheim gestrichen wird. Sie stellt daher den Antrag, das Wort *deutschen* zu streichen.

Der Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Dr. Armbrust lässt über den Antrag von Frau Degenhardt, die Vorlage 75/2015 um § 4 Abs. 2 Nr. 9 mit nachfolgendem Text zu ergänzen, abstimmen.

Nr. 9

Hunden, die nachweislich aus einem deutschen Tierheim übernommen wurden, beschränkt auf das erste Jahr nach der Übernahme.

Der Antrag wird bei 23 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen.

Abschließend lässt der Ratsvorsitzende über die Satzung mit dem Änderungsantrag zu § 4 Abs. 2 Nr. 9 abstimmen.

Beschluss:

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) beschließt hiermit den Text der Vorlage Nr. 75/2015 der beigefügten Anlage 1 mit der beschlossenen Ergänzung zu § 4 Abs. 2 Nr. 9 als Satzung.

20 Ja-Stimme(n), 5 Nein-Stimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)

12. - Drucksache 81/2015
Betriebsabrechnung 2014 für den Bereich der dezentralen Abwasserbeseitigung

Die Betriebsabrechnung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Mitteilung:

13. - Drucksache 82/2015
Betriebsabrechnung 2014 für den Bereich der Abwasserbeseitigung

Herr Ast erklärt, dass nun schwarz auf weiß vorliegt, dass das Fremdwasser einen Spitzenplatz einnimmt. Die Gebührenzahler sind entsprechend zu entlasten.

Herr Warnecke berichtet, dass mal mit dem Vorgänger von Bauamtsleiter Waßermann ein Ortstermin auf der Kläranlage Evestorf stattgefunden hatte. Schon damals war das Fremdwasser ein Thema. Belastbare Zahlen hätten gereicht, dass die Gemeinde alleine auf die Zahlen kommt.

Herr Waßermann berichtet, dass im Haushalt 2016 entsprechende Mittel für Untersuchungen angemeldet wurden. Aus vielen fremden Ecken kommt starkes Fremdwasser. Zur Senkung des Fremdwasseranteils müsste jedes Grundstück kontrolliert werden. Gleichwohl wird die Senkung des Fremdwasseranteils eine langwierige Sache werden. Künftig soll in alle Bebauungspläne aufgenommen werden, dass eine weiße Wanne anstatt Drainagen verbaut wird.

Mitteilung:

14. - Drucksache 105/2015
Gebührenbedarfsrechnung 2016 für den Bereich der Abwasserbeseitigung

Ohne Aussprache.

Beschluss:

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) nimmt die Gebührenbedarfsrechnung 2016 zur Kenntnis und beschließt aufgrund dieser Berechnung den Text der Anlage 1 als Satzung.

28 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**15. - Drucksache 106/2015
Gebührenbedarfsrechnung 2016 für den Bereich der dezentralen
Abwasserbeseitigung**

Ohne Aussprache.

Beschluss:

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) nimmt die Gebührenbedarfsrechnung 2016 zur Kenntnis und beschließt aufgrund dieser Berechnung den Text der Anlage 1 als Satzung.

28 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**16. - Drucksache 108/2015
1. Änderungsvereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des örtlichen
Trägers der Jugendhilfe auf dem Gebiet der Förderung von Kindern in
Kindertagesstätten und Tageseinrichtungen sowie der Jugendarbeit**

Beschluss:

**16.1 - Drucksache 108/2015 1. Ergänzung
1. Änderungsvereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des örtlichen
Trägers der Jugendhilfe auf dem Gebiet der Förderung von Kindern in
Kindertagesstätten und Tageseinrichtungen sowie der Jugendarbeit**

Ohne Aussprache.

Beschluss:

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) beschließt.

Die 1. Änderungsvereinbarung zwischen der Region Hannover und der Gemeinde Wennigsen (Deister) über die Wahrnehmung der Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe auf dem Gebiet der Förderung von Kindern in Kindertagesstätten und

Tageseinrichtungen sowie der Jugendarbeit soll zum 01.01.2016 in Kraft treten.

27 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

17. - Drucksache 109/2015

1. Änderungsvertrag zwischen der Region Hannover und der Gemeinde Wennigsen (Deister) über die Wahrnehmung der Aufgaben gemäß §§ 22, 23, 24, 43 und 90 SGB VIII (Kindertagespflege) auf der Grundlage von § 13 Nds. AG SGB VIII.

Beschluss:

17.1 - Drucksache 109/2015 1. Ergänzung

1. Änderungsvertrag zwischen der Region Hannover und der Gemeinde Wennigsen (Deister) über die Wahrnehmung der Aufgaben gemäß §§ 22, 23, 24, 43 und 90 SGB VIII (Kindertagespflege) auf der Grundlage von § 13 Nds. AG SGB VIII.

Herr Dr. Armbrust erklärt, dass der Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Gleichstellung, eine einjährige Kündigungsfrist zu vereinbaren empfohlen hat.

Mit dieser Empfehlung lässt der Ausschussvorsitzende über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschluss:

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) beschließt.

Der 1. Änderungsvertrag zwischen der Region Hannover und der Gemeinde Wennigsen (Deister) über die Wahrnehmung der Aufgaben gemäß §§ 22, 23, 24, 43 und 90 SGB VIII (Kindertagespflege) auf der Grundlage von § 13 Nds. AG SGB VIII soll zum 01.01.2016 in Kraft treten.

27 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

18. - Drucksache 78/2015

Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016
- Vorlage des Verwaltungsentwurfes
- Investitionsprogramm 2016
- Haushaltssicherungskonzept 2016
- Finanzplan 2016

Beschluss:

18.1 - Drucksache 78/2015 1. Ergänzung

Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016

- **Vorlage des Verwaltungsentwurfes**
- **Investitionsprogramm 2016**
- **Haushaltssicherungskonzept 2016**
- **Finanzplan 2016**

Herr Kropp hält die Haushaltsrede für die SPD-Fraktion. Die Haushaltssituation ist bedenklich. Von der SPD-Fraktion wird daher kein Antrag gestellt, wonach die Ausgabeseite belastet wird. Es sollte nach Einsparmöglichkeiten gesucht werden. Auf die Erneuerung der Beleuchtung im Bürgersaal für 65.000.- Euro sollte verzichtet werden. Die Fraktion hat versucht, den Posten der Sach- und Dienstleistungen, die im Haushalt mit 5,8 Millionen Euro veranschlagt sind, zu beleuchten. Die SPD-Fraktion beantragt daher eine Minderausgabe in Höhe 550.000.- Euro bei den Sach- und Dienstleistungen. Die vorgesehenen Maßnahmen sollten überprüft werden, um auch den Fachbereich mit dem vorhandenen Personal die Möglichkeit zu geben, die veranschlagten Projekte abzuarbeiten. Die Beschaffung der Drehleiter ist unerlässlich. Bei der Verschuldung der Gemeinde muss eine Einnahmeverbesserung erzielt werden. Da der Bürgermeister nicht den Mut hatte, eine Erhöhung der Grundsteuer im Haushaltsentwurf aufzunehmen, muss es die SPD-Fraktion tun.

Die Steuererhöhung ist ein heißes Thema, Herr Kropp hält es aber ehrlich für die Bürgerinnen und Bürger. Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, die Grundsteuer A und B um 20 auf 460 Punkte zu erhöhen. Eine derartige Erhöhung bedeutet eine zusätzliche Belastung von 2,50 bis 3,00 Euro pro Monat für ein Einfamilienhaus. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen kann das Haushaltsdefizit um ca. 675.000.- Euro gesenkt werden. Weiterhin bedankt sich Herr Kropp im Namen seiner Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie beim Bürgermeister.

Herr Werner erklärt in seiner Haushaltsrede für die CDU-Fraktion, dass es sich um den letzten Haushalt in der Wahlperiode handelt. Er gibt einen kurzen Rückblick über die bisherigen Vorhaben Schulbau, Jugendhausprojekt, Ausbau der Kinderbetreuung, Kläranlage Entwässerungstechnik. Herr Werner erklärt, dass die Verkehrsinfrastruktur verbessert wird und für die Flüchtlinge 1,6 Millionen Euro im Nachtrag zur Verfügung gestellt wurden. In Wennigsen wird ein Beitrag zur Integration über alle Parteien hinweg geleistet werden müssen. Das Haushaltsdefizit ist mit über 40 Millionen Euro erschreckend und bedeutet eine Pro-Kopf-Verschuldung von 3.900.- Euro. Wie auch im Haushaltsplan auf Seite 45 ausgeführt, ist die Entwicklung katastrophal. Er ist gespannt auf die Haushaltsgenehmigung. Mit der CDU wird es keine Steuererhöhung geben. Die CDU stellt folgende Anträge:

- 1.) Zusätzliche Schaffung einer Ausbildungsstelle im EDV-Bereich
- 2.) Bei der Skateranlage haben sich die Kosten bereits auf 130.000.- Euro entwickelt. Die Skateranlage wird unterstützt, aber die Haushaltsmittel sollten nur veranschlagt werden, wenn eine 50prozentige Förderung gesichert ist.
- 3.) Im Zuge der vorgesehenen Überdachung des Klärschlammagerplatzes sollte zusätzlich eine Kalkzumischung ggf. mit der vorhandenen Anlage erfolgen.

Sein Dank gilt der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Herr Gutt trägt die Rede zum Beschluss des Haushalts 2016 für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Er dankt der Verwaltung, dass es wieder gelungen ist, den Haushaltsplanentwurf zum Jahresende vorzulegen. Er sieht die Verschuldung von 26,1 Millionen Euro zum Ende 2015 als gewaltig an. Die freiwilligen Ausgaben liegen bei 1.2 Millionen Euro. Er fragt sich, was in Bezug auf den Haushalt von ehrenamtlichen Politikerinnen und Politikern erwartet wird bzw. was der ehrenamtliche Politiker von der Verwaltung erwartet.

Bei dem 651 Seiten starken Haushaltsplan gibt es einigen Erklärungsbedarf zu einzelnen

Posten. Beispielweise wird für die 65.000.- Euro kostende neue LED-Beleuchtung im Bürgersaal mehr Erklärung gewünscht. Die Kosten für die neue Gemeindehomepage werden begrüßt. Er wäre wünschenswert, wenn das Projekt Bürgerhaushalt dort Einzug findet. Bei der Regionsumlage sieht er die Region in der Pflicht, wenn die Finanzsituation der Kommunen berücksichtigt würde. Zur Problematik mit der Reinigungsfirma sollte geprüft werden, ob hier nicht die Gemeinde als Arbeitgeber fungieren kann. Die Beschaffung der Drehleiter und die Errichtung der Skateranlage wird mitgetragen. Den Antrag der SPD zur Grundsteuererhöhung betrachtet er als ehrlich und letzte Stellschraube. Er dankt Frau Zunker und den ehrenamtlichen Helfern für die sachliche und geräuschlose Arbeit im Zuge der Unterbringung der Flüchtlinge. Er freut sich auf die Herausforderungen in der Zukunft mit den Projekten Bürgerhaushalt, Gebäudemanagement und vielem mehr.

Herr Herr trägt die Haushaltsrede für die FDP-Fraktion vor. Vor einem Jahr war der Kern seiner Aussage, dass der Bürgermeister eine Perspektive für Wennigsen's Überleben aufzeigt. Vom Bürgermeister kam bislang kein Ansatz, die Haushaltssituation zu verbessern. Der vorgelegte Entwurf ist in Sachen Haushaltskonsolidierung der erbärmlichste Entwurf, den Wennigsen je gesehen hat. Die erwartete Mehreinnahme durch die Hundesteuererhöhung deckt das konsumtive Minus eines Jahres nach 200 Jahren. Der Mut der SPD zur Steuererhöhung ist ehrlich. Er fragt sich aber, was eine Erhöhung mit geschätzten Mehreinnahmen von 135.000.- Euro hilft. Dieses tilgt die Schulden schon nach 260 Jahren. Er geht auf die Erneuerung der LED-Beleuchtung im Bürgersaal und Repräsentationsmittel des Bürgermeisters ein. Hier müssen die Ansatzsteigerungen hinterfragt werden. Nach seiner Überzeugung lassen sich Millionen sparen, wenn jede einzelne Haushaltsstelle neu begründet werden müsste. Bevor die Steuer erhöht wird, sollte der Bürgermeister einen „ausgeknautschten Haushalt“ vorlegen, der ehrlich ist. Er fragt sich, warum in den kommenden Monaten die Haushaltsansätze nicht aufgeräumt werden und der Haushalt damit später beschlossen wird. Er dankt der Presse für die faire Berichterstattung und der Verwaltung für die geräuschlose Arbeit im Bereich der Flüchtlingsarbeit sowie allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Frau Förste-Meningmann dankt ebenfalls allen Beteiligten und geht auf die Pro-Kopf-Verschuldung ein. Sie erklärt, dass es einen Flüchtlingsüberhang gibt. Im Rahmen der freien solidarischen Toleranz ist es schwierig, den Jugendlichen zu verkaufen, dass die Skateranlage gestrichen wird oder die Schlaglöcher der Lübecker Straße nicht ausgebessert werden, dann stimme etwas nicht. Die äußeren Einflüsse sind nicht bestimmbar. Sie schließt die Rede mit den Worten „Wo ist unser Rettungsschirm?“

Herr Herbst beantragt die Einführung einer Wertgrenze von 25.000.- Euro. Demnach sind alle Maßnahmen über 25.000.- Euro aufzulisten und vom Rat zu genehmigen. Er berichtet ferner, dass sich die Feuerwehr gegenüber den Sportvereinen für die Beschaffung der Drehleiter rechtfertigen musste. Zur dauerhaften Finanzierung und Betrieb einer Drehleiter schlägt er die Erhöhung der Grundsteuer B um 10 Punkte vor. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erlangen, müsste die Grundsteuer seines Erachtens eigentlich um 660 Punkt erhöht werden.

Herr Herr stellt den Antrag, die Genehmigung des Haushaltes zu vertagen. Der Haushaltsplan wurde zweimal im Fachausschuss beraten. Es hat nicht wie gewünscht geklappt, da nun schon wieder Anträge gestellt werden. Er stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Werner bittet um Sitzungsunterbrechung.

Der Ratsvorsitzende unterbricht die Sitzung von 19.50-20.05 Uhr.

Herr Meineke sieht den Haushalt 2016 als Gesamtpaket auf einem guten Weg. Es stellt

sich die Frage, was man abarbeiten kann. Es hat unvorhergesehene Ausgaben z.B. im Bereich Asyl gegeben. Er ist froh über großzügige Deckungskreise zu verfügen, insbesondere im liegenschaftlichen Bereich. Die im Fachausschuss angesprochenen Haushaltsreste stammen aus vom Rat genehmigten Vorhaben, die nicht nochmal der Region zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Er ist bereit eine breite Diskussion zu führen, die Budgethoheit liegt schließlich beim Gemeinderat. Eine Vertagung der Haushaltsgenehmigung mag den Haushalt eventuell besser machen, wäre aber fatal. Eine schnelle Genehmigung ist z.B. im Hinblick die Erweiterung der SSGS, wo ein straffer Zeitplan gehalten werden soll, erforderlich. Auch die Beschaffung der Drehleiter und die Sanierung der Hauptstraße hängen an der schnellen Genehmigung. Auch eine zügige Straßendeckensanierung ist notwendig. Eine Vertagung sollte daher abgelehnt werden. Der Kürzungsantrag der SPD ist ein tragfähiger Antrag. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung stets sorgfältig mit den Haushaltsmitteln umgeht.

Herr Werner erklärt, den Vertagungsantrag abzulehnen, damit größere Projekte nicht verzögert werden.

Herr Kropp sieht ebenfalls Verzögerung und wird den Antrag ebenfalls ablehnen.

Herr Bohnenstengel berichtet, dass alle Anträge im Fachausschuss vorbesprochen wurden und wird dem Antrag nicht zustimmen.

Der Ratsvorsitzende lässt über die Vertagung der Haushaltsgenehmigung zur nächsten Ratssitzung abstimmen.

Der Antrag auf Vertagung der Haushaltsgenehmigung wird bei 2 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

Herr Dr. Armbrust lässt über den SPD-Antrag, die Erneuerung der LED-Beleuchtung im Bürgersaal aus dem Haushalt 2016 zu streichen, abstimmen.

Herr Herbst ergänzt, dass der Bürgermeister hierzu eine Begründung im nächsten Fachausschuss angekündigt hat. Die Maßnahme sollte daher erst ausgeschrieben werden, wenn diese ausreichend begründet wird. Die Maßnahme sollte daher erstmal im Haushaltsplan 2016 verbleiben.

Der Antrag von Herrn Herbst wird mit 24 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

Herr Dr. Armbrust lässt über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zusätzliche Schaffung einer Ausbildungsstelle im EDV-Bereich, abstimmen.

Herr Warnecke erklärt dazu, dass sich die Ausbildung bei einer Kommune unserer Größenordnung verbessern muss. Die besten Mitarbeiter sind die eigenen Auszubildenden. Die Anzahl der Ausbildungsplätze sollte nächstes Jahr wegen der Verfügbarkeit junger Leute erhöht werden. Auch sollten Flüchtlinge ausgebildet werden.

Herr Meineke erklärt, dass in seiner Amtszeit jedes Jahr ausgebildet wurde. Das sah vorher anders aus. Es werden auch sehr viele Praktikanten betreut. Es wurde auch geschaut, wo die Gemeinde ausbildungsfähig ist. Die derzeitige Anzahl ist gut und realistisch. Zum nächsten Ausbildungsjahr wird zudem eine schwerbehinderte Auszubildende eingestellt. Er dankt Herrn Warnecke für den Hinweis.

Der Antrag - zusätzliche Schaffung einer Ausbildungsstelle im EDV-Bereich – wird bei 26 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.

Herr Dr. Armbrust stellt den Antrag der CDU-Fraktion, im Zuge der vorgesehenen Überdachung des Klärschlammagerplatzes sollte zusätzlich eine Kalkzumischung mit der vorhandenen Anlage erfolgen, zur Abstimmung.

Herr Waßermann erläutert hierzu, dass die beantragte Maßnahme wirtschaftlich zu betrachten ist. Es wäre zudem zu prüfen, ob eine Kalkzumischung eine kurzfristige Verbesserung bringt. Der Klärschlamm soll lt. Planungen des Gesetzgebers künftig nur noch verbrannt werden dürfen.

Der Antrag der CDU-Fraktion – Im Zuge der vorgesehenen Überdachung des Klärschlammagerplatzes sollte zusätzlich eine Kalkzumischung mit der vorhandenen Anlage erfolgen, wird bei 22 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen beschlossen.

Der Ratsvorsitzende lässt über den Antrag der CDU-Fraktion, die Haushaltsmittel für den Bau der Skateranlage erst zur Verfügung zu stellen, wenn eine 50prozentige Förderung gesichert ist, abstimmen.

Der Antrag der CDU-Fraktion, die Haushaltsmittel für den Bau der Skateranlage erst zur Verfügung zu stellen, wenn eine 50prozentige Förderung gesichert ist, wird bei 11 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen abgelehnt.

Herr Dr. Armbrust lässt über den Antrag der SPD-Fraktion, dass die Verwaltung eine Prüfung bei den Sach- und Dienstleistungen vornimmt, die zu Minderausgaben in Höhe von 550.000.- Euro führt und die Einsparungen in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden, abstimmen.

Herr Herbst führt hierzu aus, dass die Finanzhoheit durch den Rat eingeschränkt wurde und die Verwaltung es nun in der Hand hat.

Herr Kropp erläutert, dass geschaut werden soll, wo Luft ist. Die Verwaltung wird gebeten, die Liste im Januar/Februar 2016 vorzulegen.

Herr Herr fragt an, ob jemand an Wunder glaubt. Die Verwaltung ist nicht an so etwas gebunden, wenn der Rat ein Haushaltsvolumen mit Einschränkungen beschließt.

Herr Bohnenstengel erklärt, dass es von Seiten seiner Fraktion im Jahr 2014 Bestrebungen gab, den Haushalt durchzuforsten. Dieses gestaltete sich schwierig. Die Verwaltung kann Einsparungen liefern und den Haushalt in den Griff bekommen. Er erwartet es einfach.

Herr Werner stimmt dem so zu. Die Verwaltung hat erhöhte Summen festgesetzt. Der Antrag kürzt zwar nichts, aber die Ansätze werden wirklichkeitsnah konkretisiert.

Frau Müller-Matysiak ergänzt, dass es 2014 eine große Mühe war, den Haushalt durchzuforsten. Es ist wichtig vorher genauer draufzuschauen.

Der Antrag der SPD-Fraktion, dass die Verwaltung eine Prüfung bei den Sach- und Dienstleistungen vornimmt, die zu Minderausgaben in Höhe von 550.000.- Euro führt und die Einsparungen in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden, wird bei 28 Ja-Stimmen beschlossen.

Der Ratsvorsitzende erklärt, dass der Antrag der SPD-Fraktion, die Grundsteuer A und B um 20 auf 460 Punkte zu erhöhen, weitergehender ist als der Antrag von Herrn Herbst zur Erhöhung der Grundsteuer B um 10 Punkte. Er lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Der Antrag der SPD-Fraktion die Grundsteuer A und B um 20 auf 460 Punkte zu erhöhen wird bei 17 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.

Herr Dr. Armbrust erläutert, dass der Antrag von Herrn Herbst somit hinfällig sei.

Herr Warnecke berichtet, dass in der Bücherei Bredenbeck seit Jahren Frau Liebig ehrenamtliche Arbeit leistet. Er fragt an, ob in der Bücherei Wennigsen eine weitere Aushilfskraft eingestellt wird.

Frau Zunker entgegnet dazu, dass die Bücherei Wennigsen längere Öffnungszeiten als die Bücherei in Bredenbeck hat. Die zwei Kräfte können die Zeiten nicht abdecken, insbesondere Urlaub und Krankheit. Derartige Zeiten werden derzeit nur durch Überstunden überbrückt. Die neueste Berechnung hat zudem ergeben, dass sich in Wennigsen die Leihzahlen verdreifacht und sich die Leserzahlen verdoppelt haben. Weiterhin müsse beachtet werden, dass die Bücherei in Wennigsen Schulstandort für die Grundschule ist. Diese Situation gibt es so in Bredenbeck nicht.

Der Ratsvorsitzende lässt über die Drucksache 78/2015 1. Ergänzung abstimmen.

Beschluss:

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) beschließt hiermit, unter Berücksichtigung der o.a. Anträge, den Text der der Vorlage 78/2015 1. Ergänzung beigefügten Anlage 3 als Satzung.

Außerdem nimmt der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) den Finanzplan für den Planungszeitraum 2015 bis 2019 zur Kenntnis und beschließt das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2015 bis 2019 mit folgenden Endsummen:

2015	7.869.100 Euro
2016	8.218.500 Euro
2017	3.636.000 Euro
2018	4.837.000 Euro
2019	2.826.000 Euro

Der Rat beschließt außerdem hiermit das Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2016. Das Konzept ist regelmäßig mit der mittelfristigen Finanzplanung fortzuschreiben und der jeweiligen Haushaltssituation anzupassen. Wesentliche Änderungen hinsichtlich der Realisierung sowie neue Erkenntnisse bezüglich der Auswirkung auf die zukünftige haushaltswirtschaftliche Entwicklung sind dem Rat unmittelbar bekannt zu geben.

25 Ja-Stimme(n), 3 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

- 19. - Drucksache 121/2015**
Nutzung/Bewirtschaftung der Wertstoffinseln in der Gemeinde Wennigsen (Deister)
a) Aufhebung des Ratsbeschluss vom 19.09.2013
b) Künftige Verfahrensweise

Ohne Aussprache.

Beschluss:

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) beschließt.

den Beschluss des Rates vom 19.09.2013 (Drucksache 51/2013) aufzuheben.

Beschluss:

28 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**20. - Drucksache 46/2015
Straßendeckensanierungsprogramm 2016-2021**

Bürgermeister Meineke erläutert, dass es aus den Ortsräten folgende Empfehlungen gegeben hat. Die Sanierung der Werner-von-Siemens-Straße und der Straße Heisterweg (Berücksichtigung Barrierefreiheit) in Wennigsen soll vorgezogen werden. Demnach sollen diese Straßen 2016 geplant und 2017 saniert werden. In der Wennigser Mark muss zunächst geprüft werden, ob der Bierweg erstausgebaut worden ist. Ferner soll die Sanierung der Straße Im Nehrenfelde in Evestorf geprüft werden. Die Prüfungsergebnisse werden in der 1. Fortschreibung aufgeführt.

Mit diesen Änderungen und Ergänzungen lässt der Ausschussvorsitzende über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

Der Rat der Gemeinde Wennigsen beschließt,

das Straßendeckensanierungsprogramm von 2016 – 2021 gemäß der beiliegenden Liste unter Berücksichtigung der o.a. Anträge. Die Liste wird kontinuierlich fortgeschrieben und alle zwei Jahre aktualisiert und den politischen Gremien zur Beratung und Mitbestimmung vorgelegt.

28 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**21. - Drucksache 104/2015
1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12a (Bereich "Gottlieb-Daimler-Straße Ost"),
Ortschaft Wennigsen
- Prüfung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss**

Ohne Aussprache.

Beschluss:

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) beschließt:

1. (Beschluss zu den Stellungnahmen:) Die „Stellungnahmen der Gemeinde“ zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in der Anlage 1 der Sitzungsvorlage werden beschlossen.

2. (Satzungsbeschluss:) Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches und aufgrund der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes beschließt der Rat die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12a (Bereich „Gottlieb-Daimler-Straße Ost“), Ortschaft Wennigsen, in der vorgelegten Fassung als Satzung und die Begründung dazu.

28 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

22. - Drucksache 84/2015

**Aktive Stadt- und Ortsteilzentren - Sanierungsverfahren „Ortsmitte Wennigsen“;
Billigungsbeschluss über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen gem.
§ 141 Baugesetzbuch**

Ohne Aussprache.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Wennigsen hat mit Beschluss vom 25.06.2015 die Einleitung der Vorbereitenden Untersuchungen im Untersuchungsgebiet „Ortsmitte Wennigsen“ gem. § 141 BauGB beschlossen. Dieser Einleitungsbeschluss wurde mit öffentlicher Bekanntmachung vom 08.07.2015 bekannt gemacht. Die öffentliche Auslegung der Abgrenzung erfolgte vom 08.07. bis zum 14.08.2015.

Der Bericht über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen „Ortsmitte Wennigsen“ in der vorgelegten Fassung wird gebilligt:

Hierzu zählen:

1. Kosten- und Maßnahmenübersicht,
2. Erneuerungskonzept (Integriertes-Stadt-Entwicklungs-Konzept, ISEK)
3. Vorschlag zur Abgrenzung des Sanierungsgebietes

Als Grundlage für die Vorbereitenden Untersuchungen „Ortsmitte Wennigsen“ wird das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept (Stand 2015) der Gemeinde Wennigsen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Gemeinde Wennigsen beabsichtigt die Einzelmaßnahmen durchzuführen, die im Erneuerungskonzept bzw. in der Kosten- und Finanzierungsübersicht des Berichtes zu den Vorbereitenden Untersuchungen „Ortsmitte Wennigsen“ aufgestellt wurden.

Der Bericht über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen wurde im Rahmen einer öffentlichen Bürgerversammlung am 12.10.2015 den Betroffenen sowie der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die vorgebrachten Anregungen aus der Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen gem. § 137 BauGB und aus der Beteiligung und Mitwirkung öffentlicher Aufgabenträger gem. § 139 BauGB wurden behandelt. Die Gemeinde Wennigsen wird die von einigen Behörden und Aufgabenträgern eingereichten Anregungen im weiteren Planungsprozess berücksichtigen.

Die Gemeinde Wennigsen erklärt die Bereitschaft, den durch Einnahmen und durch Städtebauförderungsmittel des Landes und des Bundes nicht gedeckten Teil der Ausgaben für die Finanzierung der städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme „Ortsmitte Wennigsen“ gemäß der Kosten und Finanzierungsübersicht vom 21.05.2015 aufzubringen.

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

28 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

23. - Drucksache 118/2015

Satzung der Gemeinde Wennigsen (Deister) über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Ortsmitte Wennigsen“

Ohne Aussprache.

Beschluss:

1. Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Wennigsen (Deister) beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes „*Sanierungsgebiet Ortsmitte Wennigsen*“ gemäß § 142 Abs. 3 Satz 1 BauGB.

2. Beschluss zur Befristung der Sanierung

Der Rat der Wennigsen (Deister) beschließt ferner, den Durchführungszeitraum der Sanierung gemäß § 142 Abs. 3 Satz 3 BauGB auf 15 Jahre zu begrenzen. Die Gesamtmaßnahme „Sanierungsgebiet Ortsmitte Wennigsen“ ist spätestens bis zum 31.12.2030 abzuschließen.

Beschlussvorschlag geändert: Nein Ja

28 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

24. Mitteilungen der Verwaltung

Frau Zunker berichtet, dass die Stadt Barsinghausen die Kündigung zur Zusammenarbeit mit der Calenberger Musikschule zurückziehen wird und Mittel zur Verfügung stellen wird. Sofern der Rat einverstanden ist, wird dazu kein separater Beschluss gefasst.

Beschluss

25. Anfragen an die Verwaltung

Beschluss

25.1 .

Frau Nimmrich fragt an, ob es Sinn macht, die Bücherei in Wennigsen über die Ferien zu schließen.

Frau Zunker berichtet, dass die Erfahrungswerte gezeigt haben, dass die Bücherei zwischen den Jahren so wenig besucht wird, dass eine Schließung Sinn macht.

Beschluss

25.2 .

Herr Ast berichtet, dass sich in Hannover Widerstand wegen des Regionalen Raumordnungsprogramms wegen der Waldentwicklung regt.

Herr Meineke erklärt, dass dies seitens der Verwaltung nicht kritisch gesehen wird, da im Flächennutzungsplan keine Flächen davon betroffen sind. Im Programm Wennigsen 2020 war eine Fläche gegenüber dem Waldparkplatz in Bredenbeck vorgesehen. Diese Fläche wird aufgrund eines möglichen Nutzungskonfliktes zwischen Wohnen und Sport aufgrund des bestehenden Sportplatzes nicht weiter verfolgt.

Beschluss

25.3 .

Herr Warnecke rügt die Umgangsform der Verwaltung. In einem Nebensatz wurde vom Bauamt erwähnt, dass ein Gutachter für die Kläranlage bestellt wird.

Er berichtet weiter über der Verlegung der Buslinien 382 und 521 über die Deisterstraße. In seinem Urlaub habe er an einem Freitag per E-Mail eine Einladung zu einem Ortstermin für den darauf folgenden Mittwoch mit der Region und der Gemeinde erhalten. Da nur er kontaktiert wurde und er im Urlaub war, fand dieser Ortstermin ohne Vertreter des Ortsrates Bredenbeck statt. Von der Verlegung habe er im Ausschuss für Feuerschutz und öffentliche Ordnung, Mobilität, Digitales, erfahren. Es weiß keiner, warum eine Verlegung erfolgte. Das Einzige, was er in dieser Angelegenheit gefunden hat, ist eine Aussage von Herrn Fals. Er zitiert aus dem Protokoll aus der Ausschusssitzung vom 14.10.2014 „Herr Fals erklärt, dass es Wünsche gibt, das Altenheim in Bredenbeck an die Linien anzubinden. Die Machbarkeit wird geprüft.“ Er fragt an, wie die Verwaltung so vorgehen kann. Er wurde zur Linienverlegung von vielen Bredenbecker Bürgern angesprochen.

Zur Klärung dieser Angelegenheit bittet er um Beantwortung folgender Frage:
Von wem kommt der Antrag zu den Buslinien?

Weiterhin bittet er um Übersendung des Protokolls vom Ortstermin.

Er sieht sich verpflichtet, mit den Bredenbecker Bürgern diese Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zu besprechen. Er merkt auch an, dass beim Ortstermin ein Gelenkbus die Linie abgefahren haben soll. Er möchte gerne den Gelenkbus sehen, der dieses ohne Probleme bewerkstelligt.

Herr Meineke entgegnet, dass ihm das Protokoll vom Ortstermin zur Verfügung gestellt wird. Die Anbindung des Altenheims an die Buslinie war eine alte Forderung des Altenheims selbst. Dieses wurde auch bei der Verabschiedung der ehemaligen Heimleiterin Schanze kommuniziert. Er ist bestrebt, die beste Lösung für Bredenbeck zu finden.

Herr Batke ergänzt, dass die Ursprungsforderung aus Holtensen kam. Zur Anbindung der Ortschaft Holtensen muss es einen neuen Endpunkt geben. Die Anträge sind aus den Protokollen ersichtlich. Es wurde hier nach der besten Lösung gesucht.

Beschluss

25.4 .

Herr Herbst fragt an, ob Vereine von der Sporthalle Bredenbeck in die Aula der Grundschule ausweichen.

Herr Meineke erklärt, dass die Nutzung der Aula kostenpflichtig ist. Im vorliegenden Fall wurde die Aula kostenfrei zur Verfügung gestellt, da die Halle nicht genutzt werden konnte.

Beschluss

25.5 .

Herr Kropp berichtet, dass die Pressearbeit in der Gemeinde gut ist. Die Berichterstattung über die Überprüfung von Hundehaufen mittels DNA-Test wurde jedoch falsch dargestellt. Es hatte kein Ratsmitglied derartiges gefordert. Das sollte von der Gemeinde richtiggestellt werden.

Frau Müller-Matysiak entgegnet, dass dieses von ihr kam. Sie hatte in diesem Zusammenhang aber genau das Gegenteil gesagt.

Beschluss

26. Fragen und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Beschluss

26.1 .

Herr Crüwell fragt an, ob die Hundesteuersatzung beschlossen wurde.

Der Ratsvorsitzende Dr. Armbrust berichtet, dass der Beschluss in der Sitzung gefasst wurde.

Herr Meineke erläutert den Beschluss.

Beschluss

26.2 .

Herr Crüwell berichtet, dass bei den Veranstaltungen der Waldorfschule häufig nicht

korrekt geparkt wird. Er fragt an, ob dies den Einsatz der Überwachungskräfte am Wochenende rechtfertigt.

Herr Fals berichtet, dass ein Runder Tisch mit Vertretern der Waldorfschule, des Ortsrates Sorsum und der Verwaltung eingerichtet wurde. Aus der Bevölkerung in Sorsum gab es massive Beschwerden hinsichtlich der Falschparker und zugeparkter Einfahrten. Die Waldorfschule wurde unterstützt. Es wurde angeregt, dass die Besucher mit öffentlichen Verkehrsmitteln kommen sollen. Die Einrichtung eines Shuttle-Services bzw. die Anmietung von Feldern wurde diskutiert, um die Interessen der Anwohner zu schützen. Anscheinend ist die Waldorfschule nicht der Herr der Lage und der Besucher. Der Einsatz der Überwachungskräfte am Samstag wurde daher angeordnet.

Beschluss

26.3 .

Herr Crüwell berichtet, dass er bei der Bäckerei Siehndel über einen Fahrradständer gestürzt ist. Dieses habe er bei der Verwaltung vorgetragen, aber nichts weiter gehört. Er bittet die Aufstellung von Fahrradständern zu reglementieren. Ferner wäre zu prüfen, ob die Bäckerei eine entsprechende Sondernutzungsgenehmigung für die Aufstellung des Fahrradständers hatte. Die Verwaltung habe sich in dieser Angelegenheit nicht mit Ruhm bekleckert.

Herr Meineke sagt Herrn Crüwell eine entsprechende Rückmeldung zu.

Der öffentliche Teil wird vom Ratsvorsitzenden um 21.12 Uhr geschlossen.

Beschluss